



Viel Abstand: Erste Bezirksbeiratssitzung unter Corona-Bedingungen in der Halle, die es nicht mehr lange gibt – dem Wallstadter DJK-Zentrum. (Bild: Christoph Blüthner)

OST/WALLSTADT: Bezirksbeirat diskutiert über Pläne für neues Kultur- und Sportzentrum / Grundstücksverhandlungen laufen

Raumprogramm als Knackpunkt

Die Stadt führt bereits Verkaufsgespräche mit den Eignern möglicher Grundstücke für den Neubau eines Kultur- und Sportzentrums in Wallstadt. Das teilte Stephan Berger vom Fachbereich Immobilienmanagement im Bezirksbeirat Wallstadt mit. „Das gestaltet sich aber mitunter etwas kompliziert, weil mehrere Eigentümer zum Teil erst ausfindig gemacht werden mussten“, so Berger. Noch seien die Verhandlungen „nicht abgeschlossen“, weshalb man – um Spekulationen zu vermeiden – nicht sagen wolle, welche drei Standorte überhaupt infrage kämen.

Klar sei aber, dass der Neubau einschließlich eines Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr „auf allen drei Grundstücken abgebildet werden kann“, so Berger. Seit April läuft eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie durch das Büro raum-z aus Frankfurt am Main (wir berichteten). „Die ist noch in Arbeit, aber auf der Zielgeraden“, sagte Berger. Die Feuerwehr auf dem gleichen Areal wie das Kultur- und Sportzentrum unterzubringen, sei „anspruchsvoll und herausfordernd, aber grundsätzlich machbar“.

Im Oktober, sagte Berger zu, würden die Bezirksbeiräte das Ergebnis der Studie erfahren. „Dann werden wir die Grundsatzentscheidung durch den Gemeinderat vorbereiten“, erklärte er. Anschließend müsse ein Planungswettbewerb ausgelobt werden. Damit beginne die detaillierte Kosten- und Zeitplanung. Dabei plane man einen Bau, der „ressourcenschonend und energieeffizient“ sei und „der hoffentlich die nächsten 50 bis 60 Jahre steht“.

Zeitdruck bis 2022

Genau daran knüpften die Bezirksbeiräte sowie Sprecher der Bürgerinitiative an. CDU-Bezirksbeirat Martin Dubbert sah „noch Verbesserungspotenzial“ und fand „nicht nachvollziehbar“, weshalb die Stadt weniger Fläche für die Halle vorsehe als von den Vereinen berechnet. „Wir bitten darum, nicht zu klein zu denken“, mahnte ebenso Bernd Konetschny (CDU), und seine Kollegin Heidrun Back warnte ebenso: „Es ist wichtig, dass die Halle zukunftsfähig ist, um auch künftige gesellschaftliche Bedarfe zu berücksichtigen!“

„Dem kann ich voll beipflichten“, bekräftigte Thorsten Schurse die Beiträge der drei CDU-Kollegen. Auch für die SPD sei das Raumprogramm ein „Knackpunkt“, ebenso der große Zeitdruck. Auf den hatte zuvor auch noch mal Bernd Konetschny aufmerksam gemacht. Schließlich endet am 31. Dezember 2022 der Vertrag der DJK für das jetzige Sport- und Gemeindezentrum in der Oswaldstraße. „Die Stadt sollte frühzeitig auf die Kirchengemeinde zugehen, um eine Verlängerung zu ermöglichen“, denn sonst gebe es keine Räumlichkeiten mehr, wandte sich Konetschny an die Stadt.

„Ende 2022 wird die Halle nicht fertig, das dauert deutlich länger“, räumte Berger ein, ohne sich auf einen Zeitpunkt festlegen zu lassen. „Wir sind aber auf die katholische Kirchengemeinde bereits zugegangen“, ergänzte Nadja Wersinski vom Fachbereich Demokratie und Strategie. „Wir suchen eine Anschlusslösung und haben auch ein Interesse daran, dass das lückenlos funktioniert“, sagte sie. Wersinski bestätigte, dass es „an manchen Stellen noch Abweichungen“ beim Raumprogramm zwischen den Forderungen der Bürgerinitiative und den Plänen der Stadt gebe. Sie sei aber zuversichtlich, dass sich dies klären lasse. „Wir sind uns da nicht einig und hoffen, dass die Halle noch größer wird“, entgegnete Manuela Müller, die Vorsitzende der Interessengemeinschaft Wallstadter Vereine (IWV). Sie warb ebenso wie Thomas Müller von der Bürgerinitiative sowie die Bürger Wolfgang Gottmann und Martin Kopp nachdrücklich dafür, nicht zu knapp zu planen.

Wegen der Corona-Pandemie haben sich die Besichtigungen vergleichbarer Hallen auf Oktober verschoben. Wenn das neue Zentrum erst einmal gebaut ist, strebe die Stadt „eine Trägerschaft aus dem Stadtteil“ an, sprich eine Selbstverwaltung durch einen Trägerverein, so Wersinski. Darüber sei man „im engen Austausch“ mit der Bürgerinitiative. „Sobald die Entscheidung über den Standort gefällt ist, werden wir auch die Anwohnerschaft mit ins Boot holen“, sagte Wersinski zu.

Die Baukosten muss der Gemeinderat bewilligen. „Aber sie haben eine Zusage, dass wir dahinter stehen“, versicherte Stadträtin Gabriele Baier (Grüne). „Es ist unsere Aufgabe, das in den Haushalt einzustellen“, sagte ebenso Claudia Schöning-Kalender (SPD). „Der Gemeinderat steht dahinter“, bekräftigte Alexander Fleck (CDU).